

Ersteinst
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
H. Deter, Industriehalle
Niedstr. Zürich
Postsendungen
franco gegen franco.
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Toppostporto.

Der Sozialdemokrat

Internationales Organ
der Sozialdemokratie deutscher Zunge

N. 37.

Sonntag, 12. September.

Abonnements
werden nur beim Verlag und
bei den bekannten Agenten ent-
gegengenommen und zwar zum
voraus zahlbaren
Wierteljahrespreis von:
Fr. 2. — für die Schweiz (Kontoband)
Fr. 3. — für Deutschland (Kontoband)
Fr. 1. 70 für Oesterreich (Kontoband)
Fr. 2. 50 für alle übrigen Länder des
Weltverkehrs (Kontoband).

Inserate
Die dreispaltige Zeile
25 Gts. — 20 Wfs.

Zeitschrift der Sozialdemokraten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezw. verboten wird und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzufangen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr notwendig und darf keine Vorsichtsmaßregel vernachlässigt werden, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schützen. Haupterfordernis ist hierzu einerseits, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unverdächtige Person außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch aus möglichst unperfäugliche Postsendungen mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich behufs größter Sicherheit Rekommandation. Sobald an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Der Kongress der deutschen Sozialdemokratie 1880.

(Schluß.)

Vierte Sitzung. Sonntag, am 22. August,
Nachmittags 2¹/₄ Uhr.

Nach Verlesung der Präsenzliste, welche nunmehr 56 Vertreter zählt, bringt der Vorsitzende zwei Anträge wegen Ausschließung Hasselmanns zur Verlesung. Es erhält sodann der Berichterstatter über den Fall Hasselmann das Wort. Derselbe führt aus, daß von Hasselmann fälschlich die Behauptung aufgestellt werde, er sei nach Berlin gegangen, um sich mit den dortigen Parteileitern zu verständigen; er habe dort nur intriguiert. Sein ganzes Bestreben sowohl im Privatkreise wie in den von ihm herausgegebenen Blättern sei gewesen, Unfrieden in der Partei zu stiften. Zum Beweis dessen werden zwei Stellen aus einer Erklärung Hasselmanns in der „Deutschen Zeitung“ verlesen, aus denen hervorgeht, daß Hasselmann den alten Parteivorstand und die sonstigen leitenden Personen der Partei verdächtigte, die letztere ins fortschrittliche Lager zu ziehen versucht zu haben. Es sei nun daraufhin, um eine Verständigung mit ihm herbeizuführen, eine Zusammenkunft anberaumt worden, in der Hasselmann auf seine Veranlassung zur Revision mit bestimmt worden sei. Er habe aber trotz der ihm speziell gemachten Einladung, dieselbe vorzunehmen, keine Folge geleistet. Es sei ihm also nichts daran gelegen gewesen, sich über die inneren Parteianglegenheiten zu orientieren. Er habe vielmehr bei den Parteigenossen fortwährend gehetzt und dabei den Schein zu erwecken gesucht, als werde er von den Parteiführern verfolgt und zur Auswanderung ins Ausland veranlaßt. Aus allen diesen Gründen sei es notwendig, daß der Kongress, nachdem Hasselmann sich auch überdies von der Partei losgesagt und die Reichstagsabgeordneten seinen Ausschluß ausgesprochen, den letzteren befehle.

Der folgende Redner bedauert, daß man nicht schon früher gegen Hasselmann vorgegangen, da dieser doch schon seit Jahren in der Partei gehetzt und Unfrieden gestiftet. Er sei nicht würdig gewesen, die Partei im Reichstage zu vertreten und hätte nie den Wahlkreis Barmen-Elsfeld erhalten dürfen. Unverantwortlich auch sei es, daß Hasselmann nicht schon lange auf Grund des gegen ihn vorliegenden Beweismaterials aus der Partei ausgeschlossen worden sei.

Weiter wird angeführt, daß ein Theil der Hamburger Parteigenossen Hasselmann durch Abonnement auf sein Blatt unterstützt habe, um ihm seine Existenz zu erleichtern. Hasselmann habe aber dieses Vertrauen nicht verdient, denn er habe, um nur einen Fall zu nennen, auf schwindelhafte Weise Abonnenten zu fangen gesucht. Es sei nämlich von ihm den Parteigenossen vorgepiegelt worden, daß ein Theil des Reinertrages des Blattes zur Unterstützung der Hamburger Wahl verwendet werden würde, während Hasselmann nie etwas zu solchen Zwecken abgeliefert habe. Nun sei Hasselmann fort, und das sei für die Partei sehr erfreulich. Was die Parteigenossen betreffe, die in Hamburg auf Hasselmanns Seite gestanden hätten, so seien diese nicht als Gegner der Partei anzusehen.

Ein Parteigenosse wünscht, der Kongress möge entgegen dem Antrag, über die Angelegenheit Hasselmanns zur Tagesordnung überzugehen, die provisorische Ausschließung Hasselmanns seitens der Reichstagsabgeordneten durch eine formelle Ausschließung endgültig bestätigen, damit der Ausschlossene den Parteigenossen im Auslande nicht vorpiegeln könne, der Kongress habe seine Ausschließung nicht genehmigt, und er somit auch ferner als angeblicher Parteigenosse die Partei schädigen könne.

Entschieden für eine Erklärung, daß der Kongress den Ausschluß Hasselmanns billige, ist ein weiterer Redner. Eine solche Erklärung sei mit Rücksicht auf die weiteren Kreise der Parteigenossen des In- und Auslandes notwendig. Hasselmann wähle auch im Auslande, um sich als den Verfolgten in der Partei hinzustellen, der von den Vertretern der Partei zur Flucht ins Ausland gezwungen sei. Deshalb müsse volle Klarheit geschaffen werden, damit auch die auswärtigen Genossen wüßten, wie die Partei zu Hasselmann stehe. Redner gibt Aufklärung über eine Zusammenkunft in Lichterfelde im vorigen Jahre, an der Hasselmann und die übrigen Abgeordneten nebst einer größeren Anzahl Berliner Genossen sich theilhaft hätten. Da sich Hasselmann dem dort Vereinbarten nicht gefügt, so sei er auch nicht zur Unterschift des Rechenschaftsberichtes der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten zugelassen worden. Wenn Hasselmann in der Öffentlichkeit erklärt habe, daß er mit den Schulden, die seine Blattunternehmungen hervorgerufen, nicht behaftet sei, und wenn er seine Flucht ins Ausland damit entschuldige, daß er wegen politischer Verfolgungen zu derselben veranlaßt worden, so sei das nachgewiesenermaßen nicht wahr.

Ein in dieser Frage gut informierter Teilnehmer des Kongresses konstatiert, daß Hasselmann schon seit Jahren in der Partei gewählt habe und deshalb des Vertrauens derselben nicht würdig gewesen sei. Wenn er jetzt seine Wirksamkeit ins Ausland verlegt habe, so müsse er dafür besondere Gründe haben. Es sei zu tadeln, daß Hasselmann nicht schon vor Jahren aus der Partei ausgeschlossen worden sei. Er habe ebenso wenig Vertrauen verdient, wie Schweizer, und man brauche sich jetzt nicht mit ihm zu beschäftigen, wenn er gleich, als er seine Intriguen angefangen, ausgestoßen worden wäre. Statt dessen seien seinetwegen große Opfer von der Partei gebracht worden, und man habe ihm sogar ein Reichstagsmandat verschafft. Man hätte dies nicht thun sollen, da trotz der großen Geldopfer man der Zeitung beispringen mußte, die Hasselmann todgeschrieben hätte. Wenn man ihn trotz alles dessen als Redakteur belassen habe, verdiene das entschieden gerügt zu werden, und wenn sich ähnliche Fälle in Zukunft ergäben, so müsse dann mit aller Energie vorgegangen werden. Speziell müßten den Parteigenossen über alle die Partei schädigenden Handlungen einzelner Genossen, die zur Kenntniß der leitenden Persönlichkeiten kommen, Mittheilungen gemacht werden.

Der Vorsitzende verliest eine Reihe Anträge verschiedener Vertreter betreffs Ausschusses Hasselmanns. Ein Antrag auf Schluß der Rednerliste wird angenommen.

Der Vorsitzende erklärt auch, wenn Hasselmann in der Debatte als Pimp bezeichnet werde, so wolle er sich dagegen prinzipiell nicht erklären, bitte jedoch im Interesse der Debatte, den Ausdruck ferner nicht mehr zu gebrauchen.

Ein Redner aus dem Rheinland führt aus: Wenn den Reichstagsabgeordneten ein Vorwurf daraus gemacht sei, daß der Ausschluß Hasselmanns nicht früher geschähe, so müsse er diesem Vorwurfe entgegenstellen. Wäre der Ausschluß früher schon geschähe, so würde dies in Barmen-Elsfeld zu einer Spaltung der Partei geführt haben. Die Parteigenossen seien dort über die Intriguen Hasselmanns vollständig unangeführt geblieben. Weshalb hätten sie keine Aufklärung erhalten? Er sei gegen den Ausschluß Hasselmanns, da dieser überhaupt nicht mehr in Deutschland sei. Was die Verhandlungen in Lichterfelde betreffe, so wünsche er Aufklärung über die Vereinbarungen, die dort bezüglich Hasselmanns getroffen worden seien. Außerdem sei es notwendig, klar zu stellen, wie das persönliche Verhalten der soz. Reichstagsabgeordneten gegen Hasselmann gewesen sei. (Dem Redner werden fünf weitere Minuten bewilligt.) Er geht darauf auf die Parteiverhältnisse in Barmen ein. Die dortigen Parteigenossen wären ohne Schuld daran, daß die Verhältnisse der Barmen Genossenschaftsdruckerei so zerfahren worden seien. Die Verwirrung unter den Barmen-Elsfelder Parteigenossen sei zum Theil durch die vom Vorstände nach Barmen geschickten Personen hervorgerufen worden.

Ein folgender Redner sagt: Hasselmann sei zur rechten Zeit von den Reichstagsmitgliedern ausgeschlossen worden, und sei es deshalb nicht mehr notwendig, den Ausschluß jetzt auszusprechen. Dagegen empfehle er den Antrag, der die nachträgliche Befähigung des durch die Abgeordneten bereits vollzogenen Ausschusses bezwecke.

Wenn der Kongress sich dafür ausspreche, daß Hasselmann mit Recht von den Reichstagsabgeordneten ausgeschlossen sei, so sei das mit Rücksicht auf die Parteigenossen im Auslande, denen die deutschen Parteiverhältnisse nicht so bekannt seien, nur eine einfache Nothwendigkeit. Diese Erklärung müsse in entschiedenster Form geschähe, da Hasselmann in jeder Beziehung das Vertrauen und die Achtung der Partei verscherzt habe.

Ein Redner, der sich als ehemaliger entschiedener Anhänger Hasselmanns bekennt, führt aus: Hasselmanns Verhalten verdiene die schärfste Verurtheilung. Er geht im weiteren auf die Vorkommnisse des Gothaer Kongresses im Jahre 1876 ein, um zu erklären, daß er daselbst von Hasselmann sich habe täuschen lassen. Er sei aber bald davon überzeugt worden, daß Hasselmann nur die Zersplitterung der Partei erstrebe, da Hasselmann ihm selbst gleich nach dem Kongress den Vorschlag gemacht habe, die Partei zu sprengen, um eine neue Partei auf Grund der Organisation des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins wieder herzustellen. Redner habe Hasselmann hierauf jedoch eine grobe abweisende Antwort gegeben, und letzterer habe sich denn auch nicht weiter mit ihm über diese Angelegenheit ausgesprochen. Ueberhaupt sei es unrichtig, zu glauben, daß er später noch mit Hasselmann Freundschaft gehalten habe. Dies sei nicht mehr der Fall gewesen, sobald er dessen verrätherische Absichten kennen gelernt.

Weiter äußert sich ein Redner: In der von Hasselmann zuletzt abgegebenen Erklärung wegen seiner Flucht sei nur das wahr, daß er nur 110 M. zur beabsichtigten Herausgabe eines täglichen Blattes von den ihm befreundeten Parteigenossen aufgebracht habe. Hieraus habe er ersehen können, daß er bei den Arbeitern keinen Boden mehr habe. Dies sei auch der Hauptgrund seiner Flucht aus Deutschland; Polizeiverfolgungen habe

Hasselmann weniger als jeder andere bekannte Parteigenosse gehabt. Ein Prozeß habe nicht gegen ihn in Aussicht gestanden, wie Hasselmann das erklärt habe. Wenn aber den sozialdemokratischen Abgeordneten ein Vorwurf daraus gemacht sei, daß sie den Ausschluß Hasselmanns ausgesprochen, so müsse er denselben zurückweisen, da die Abgeordneten nach der Erklärung Hasselmanns im Reichstage hierzu verpflichtet gewesen seien. Es werde Niemand bestreiten können, daß nach Eintritt des Sozialistengesetzes und nachdem die alte Parteileitung freiwillig ihre Stellung niederlegte, die Reichstagsabgeordneten die einzig wirklich gewählte Vertretung der Partei gewesen und sie also ebenso gut wie der Parteivorstand berechtigt gewesen seien, Ausschließungen aus ihrem Kreise vorzunehmen unter dem Vorbehalt, daß die Partei das später gut heiße. Was die Frage eines Redners aus dem Rheinland betreffe, so sei es wahr, daß die Abgeordneten sich gegen Hasselmann gestellt hätten, als dieser sich den Lichterfelder Vereinbarungen nicht fügen wollte. Er sei aus demselben Grunde nicht mehr zu den Fraktionsitzungen eingeladen worden. Es sei jedoch nicht wahr, was Hasselmann über die Lichterfelder Vereinbarungen vorgebracht habe. Redner setzt auseinander, worin dieselben bestanden, und wie Hasselmann es kurz abgelehnt habe, ihnen nachzukommen.

Ein anderer Redner sagt, daß Hasselmann ihm stets eine unsympathische Persönlichkeit gewesen, aber deshalb habe er ihn doch bis zu seinem Ausschluß als Parteigenossen betrachtet. Die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten hätten den letzteren aber nicht eher aussprechen können, und nicht eher ausgesprochen, bis Hasselmann genügend Grund dazu gegeben. Deshalb sei auch der Vorwurf, daß der Ausschluß so spät erfolgte, unberechtigt. Man dürfe nicht jede Opposition in der Partei unterdrücken. Als Hasselmann sich im Reichstage von der Partei losgesagt, da erst sei sein Ausschluß notwendig geworden.

Von Seiten eines folgenden Redners wird bestätigt, daß die Lichterfelder Vereinbarungen nicht in dem von Hasselmann dargestellten Sinne, sondern wie hier erzählt worden, gefaßt seien. Im Uebrigen ist er im Einverständnis mit den Berliner Parteigenossen gegen die Ausschließung Hasselmanns, und zwar weil Hasselmann durch seine Flucht bereits sich außerhalb der Partei gestellt habe.

Von anderer Seite wird gebilligt, daß der Ausschluß Hasselmanns nicht früher geschähe, als das thatsächlich der Fall. Im weiteren kommt Redner dann auf das Verhalten Hasselmanns in Angelegenheit der „Roten Fahne“ zu sprechen. Hasselmann habe trotz seiner dem Vorstände gegebenen Zusicherung die gesamten Herstellungskosten der „Roten Fahne“ dem Barmen Geschäft aufgebürdet, während ihm vertragsmäßig die Bezahlung des Papiers obgelegen hätte. Außer für die Probenummer habe Hasselmann nie Zahlung geleistet. Was die Bemerkung betreffe, Heiland aus Berlin sei damals zur Beaufsichtigung Hasselmanns nach Barmen gesendet, so sei dies nicht richtig. Heiland sei nicht wegen Ueberwachung Hasselmanns, sondern wegen der Unterstützung desselben nach Barmen gegangen. Hasselmann habe in Barmen sich übrigens nur wenig Anhänger verschafft, im Gegentheil, viele seiner früheren Anhänger verloren. Hierzu habe seine Nachlässigkeit in Führung der Redaktionsgeschäfte wesentlich beigetragen. Wenn Redner, der die Revision des Barmen Geschäftes vorgenommen, trotzdem die äußerst nachlässige und liederliche Geschäftsführung nicht öffentlich getadelt habe, so sei dies deshalb unterblieben, weil durch die öffentliche Darlegung der Sachlage das Uebel nicht gebessert worden wäre und man die Rücksicht mit Hasselmann bis zum äußersten habe treiben wollen. Es hätte vor allem gegolten, für die Barmen Genossen zu retten, was zu retten möglich. Eine öffentliche Darlegung der Hasselmannschen Mißwirtschaft hätte unter den Barmen Genossen nur eine Panik hervorgerufen.

Es wird Schluß der Debatte angenommen.

Ein Redner erklärt persönlich, daß er sich nur deshalb tadelnd gegen den Vorstand ausgesprochen, weil man Hasselmann, trotzdem man seine Intriguen gekannt, als Redakteur belassen und seine Kandidatur zugelassen habe.

Der Referent antwortet auf die vorhergemachten Vorwürfe eines der Redner: Wenn der Ausschluß Hasselmanns früher als geschähe, von den Reichstagsabgeordneten ausgesprochen wäre, so würde dies in Barmen-Elsfeld zur Zersplitterung der Partei geführt haben. Man sehe ja aus den Worten einiger früheren Redner, wie schwer es sei, diejenigen, deren Ausschluß durch ihre Lumpereien längst notwendig geworden, aus der Partei zu entfernen. Es scheint vielmehr, als wenn leichter gegen diejenigen, die das Vertrauen der Partei verdienten, durch Ausschließungsmaßregeln vorgegangen werden könne, als gegen diejenigen, die das Vertrauen mißbrauchen. Hasselmann wollten die Berliner Parteigenossen nicht ausgeschlossen wissen, während gegen denselben doch eine Masse des erdrückendsten Belastungsmaterials vorliege, dahingegen hätten sie den Ausschluß eines heute noch eifrig für die Partei wir-

lenden Genossen beantragt, obwohl diesem nicht das Ge- ringste nachgewiesen werden könne, was den Ausschluß rechtfertige. Das kennzeichne die Stimmung in gewissen Kreisen der Partei, wo noch heute ein notorischer Lump sich größerer Sympathien erfreue, als ein ehrlicher Mann. —

Es kommt hierauf, nachdem die auf Ausschluß Hasselmann's gestellten Anträge zu Gunsten eines präzis formulierten Antrages zurückgezogen, zur Abstimmung über diesen. Derselbe hat folgenden Wortlaut:

„Nachdem der Kongreß über die Intriguen und das gewissenlose Gebahren Hasselmann's aufgeklärt ist, billigt er die von den Abgeordneten proklamierte Ausschließung Hasselmann's voll und ganz und warnt alle auswärtigen Genossen, den Vorpiegelungen dieser als notorischer Verleumder entlarvten Persönlichkeit Glauben zu schenken.“

Die Abstimmung ergibt die Annahme dieser Resolution mit allen gegen drei Stimmen. Auf Anfrage des Vorsitzenden erklärt einer der gegen die Ausschließung stimmenden Genossen, daß Hasselmann sich durch seine Taktik selbst außerhalb der Partei gestellt habe, deshalb seine Ausstoßung nicht mehr nötig sei, und habe er dieser wegen gegen den Antrag gestimmt. Der zweite schließt sich dieser Erklärung an, während der dritte erklärt, daß seine Wähler ihm den Auftrag gegeben hätten, in Sachen Hasselmann und Most weder pro noch contra Partei zu ergreifen; deshalb habe er gegen den Antrag gestimmt.

Der Antrag, zur Aufklärung über die Hasselmann'sche Angelegenheit eine Erklärung in Broschürenform herauszugeben, wird abgelehnt. —

Hiermit ist die Angelegenheit Hasselmann's erledigt und wird zur Affaire Most übergegangen.

Der Referent erhält das Wort, um auszuführen, daß erst nachdem Most sich in der „Freiheit“ um Hödel und Nobiling erklärt habe, die Partei ihn nicht mehr als Genossen hätte betrachten können. Dabei müsse jedoch hervorgehoben werden, daß Most sich in der „Freiheit“ zu erst gegen die Attentäterei ausgesprochen hätte. Trotzdem habe er später einen Brief Baillants aufgenommen, worin dieser der deutschen Partei geradezu den Vorwurf mache, daß sie Hödel und Nobiling verleugne. Allerdings habe Most nicht gewagt, den Brief B.'s in deutscher Sprache zu veröffentlichen. Das Verhalten M.'s sei überhaupt ein sehr schwankendes gewesen. Zuerst habe er der Beteiligung der deutschen Arbeiter an den Wahlen das Wort geredet. In No. 18 der „Freiheit“ hingegen habe er sich über die Reichstagswahl in Hamburg in der spöttischsten Weise geäußert. In No. 6 der „Freiheit“ kritisierte er die Taktik der Gegner, daß diese der Sozialdemokratie andichten, nur gewaltsame Umsturzmittel zur Durchführung ihrer Absichten im Sinne zu haben, während die Sozialdemokraten nicht mit physischer Gewalt, sondern nur mit geistigen Waffen kämpften, und stürze für die Richtigkeit dieser Auffassung sogar den liberalen Geschichtschreiber Rottke. Daß Most später für Hasselmann Partei ergriffen, sei ja ganz selbstverständlich, wenngleich er nachher versucht habe, in dieser Beziehung eine etwas andere Haltung einzunehmen. In No. 32 d. J. nehme M. weiter entschieden Stellung gegen die sozialistische Arbeiterpartei, in No. 19 desgleichen. Es werde hier die Partei in größtmöglicher Weise verdächtigt. No. 32 behandle die Geschichte der Partei während der letzten zwei Jahre. In einem mit Carolus unterzeichneten Artikel an der Spitze dieser Nummer wird ausgeführt, daß die deutsche Sozialdemokratie bis zu dem Tage des Hödel-Attentates stark und mächtig und in Ehren dagestanden habe. Mit diesem Tage, welcher eine, wenn auch mißlungene That, so doch „eine That“ gewesen, sei die Sache der Revolution glänzend gestanden; jetzt sei der Zeitpunkt gekommen gewesen, wo es für die Sozialdemokratie galt, Muth und Festigkeit zu zeigen und der Reaktion die Stirne zu bieten! Statt dessen hätten sich die Vertreter der Partei „bodenlos jämmerlich“, „mahlos feige“ benommen, hätten „gejammer und gewinfelt“, sich als „Nemmen und Jammerkneben“ gezeigt und „durch ihre Spurkenstreiche auf immer den Fluch des Volkes auf sich geladen.“ Ein schamloser Verrath sei dem andern gefolgt und durch solch' böse Beispiele auch viele Andere wanlend geworden. Zwischen diesen Leuten, welche die Gewaltthat von sich weisen und „den Mord in jeder Form verabscheuen“, und den wahren Revolutionären müßte das Tafelstuch für immer zerschnitten sein und das Volk müsse sich von solchen Menschen (bezw. den sich mit ihnen solidarisch erklärenden deutschen Sozialisten abwenden und selbstständig vorgehen.

Redner führt hierbei aus, das Verhalten Most's sei um so verächtlicher, als die preussische Regierung nach Einführung des Sozialistengesetzes die Partei habe nur zu Fußstapeln veranlassen wollen. In Breslau habe ein höherer Militärbeamter ausdrücklich erklärt, daß jeden Tag ein Zusammenstoß zwischen Militär und der Bevölkerung zu erwarten sei. — Es entstehe somit die Frage, ob die Partei sich ein solches Auftreten M.'s gefallen lassen wolle. Er habe mehr geschadet, als irgend einer der Gegner. Sein Ausschluß sei deshalb gerechtfertigt; aber es sei nicht zu rechtfertigen, wenn derselbe sich auch auf diejenigen ausdehnen solle, die zu M. gehalten, wie dies in einem der vorliegenden Anträge verlangt werde.

Der nächste Redner erklärt sich für den Antrag, daß der Kongreß sich auch gegen die Anhänger Most's aussprechen müsse. Was Most betreffe, so verdiene sein verlogenes, unehrliches Verhalten scharfsten Tadel. Wenn er z. B. Liebknecht wegen dessen Rede im Reichstage angriffe, so wolle Redner nur konstatieren, daß Most diejenigen Stellen aus dem Zusammenhange reiße, die zur Bedröhung des Sachverhaltes geeignet seien. Most selbst sei charakterlos und schwankend, das rechtfertige ihn aber nicht. Er greife die sozialistische Arbeiterpartei an, nehme aber von Mitgliedern derselben keine Rechtfertigung auf, wie dies bezüglich einer Deutschrift nachgewiesen werden könne, die zur Veröffentlichung an die „Freiheit“ eingeschickt worden sei, aber ganz einfach zurückgewiesen wurde. —

Ein anderer Redner ist dafür, daß die Partei öffentlich erkläre, mit Most weiter nichts zu thun haben zu wollen. Wenn von Most der Vorwurf der Feigheit gegen die sozialistischen Reichstagsabgeordneten, namentlich gegen Liebknecht erhoben werde, so müsse ein solches Verfahren entschieden verurtheilt werden. Die Situation sei eine sehr schwierige und die Reichstagsabgeordneten hätten eine schwere Verantwortung. Wenn auch Keiner sich gegen eine gewaltsame Umwälzung erklären

würde, wenn sie wirklich eintrete, so könne sie doch nicht gemacht werden, und jedenfalls dürfe nicht dazu die Hand geboten werden, das Volk zur Revolution aufzurufen, ehe die Verhältnisse dazu reif seien. —

Seubert (Winterthur) spricht über die Stimmung der Parteigenossen in der Schweiz nach dem Sozialistengesetz. Ein Theil derselben habe eine gewaltthätige Erhebung der deutschen Arbeiter erwartet, ein anderer Theil habe sich dafür erklärt, daß die deutschen Sozialisten im Geheimen ihre Thätigkeit fortsetzen. Im Allgemeinen sei dann das erste Erscheinen der „Freiheit“ mit Freuden begrüßt worden. Als in dem Blatte jedoch die allgemeine nur als Ehrenmänner bekannten Parteiführer beschimpft worden seien, habe man dies Seitens der großen Mehrzahl der schweizerischen Arbeiter entschieden gemißbilligt. Man sei zwar noch wie vor für eine radikale Haltung, verdamme jedoch die Schimpfereien Most's aufs entschiedenste.

Der folgende Redner rechtfertigt die Ausführungen Liebknecht's im Reichstage bei Gelegenheit der Debatte über den Berliner Belagerungszustand. Es würde Wahnsinn gewesen sein, wenn die Reichstagsabgeordneten nach Erlaß des Sozialistengesetzes die Parole zum Losschlagen gegeben hätten. Liebknecht habe nie die Partei für eine Reformpartei erklärt; denn dieselbe sei durchaus revolutionär, weil sie eine vollständige Umänderung der bestehenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse erstrebe. Er habe einfach die organische Reformen anstrebende sozialdemokratische Arbeiterpartei dem umstürzlerischen Charakter der Bismarck'schen Blut- und Eisenpolitik — auf staatlichem wie auf wirtschaftlichem Gebiet — gegenübergestellt. Auch habe er nie gesagt, daß man sich unter das Sozialistengesetz „duden“ müsse — das wäre gleichbedeutend mit dem Tod der Partei gewesen. Der Sinn der Rede sei einfach der gewesen, daß die Partei dem Ausnahmegesetz nicht die Gewalt entgegensehen könne. — Most betreffend, erinnert Redner daran, daß eine als besonders „feig“ den jetzigen sozialistischen Führern von Most vorgeworfene Neuerung sich in der anlässlich des Hödel-Attentates von den damaligen sozialistischen Abgeordneten abgegebenen Erklärung finde, welche auch von Most unterzeichnet sei. —

Der Pariser Vertreter gibt Aufklärung über das Verhalten Most's in Paris und Brüssel. Most habe in Brüssel u. A. gesagt, daß deutsche Sozialisten, die er namhaft gemacht, sich mit der „Freiheit“ einverstanden erklärt hätten. Most sei außerdem, als er sich in einer Pariser Versammlung als Revolutionär ausgespielt hatte, in der Debatte wegen seiner Haltung in der „Freiheit“ angegriffen und in die Enge getrieben worden. Er habe sich dann heimlich aus der Versammlung entfernt unter dem Vorwande, daß Polizeispizel dajelbst anwesend seien. Trotzdem sei er mit dem von den Pariser Genossen vorher entlarvten Polizeispion Zadek noch des Nachts 1 Uhr zusammen gewesen. Most's Auftreten habe die Pariser und Brüsseler Genossen zurückgestoßen, und beantrage er in deren Namen, daß der Kongreß die Ausschließung Most's vornehme. —

Weiter erklärt sich ein Redner entschieden dagegen, daß die Leser der „Freiheit“ als Anhänger Most's betrachtet werden. Wenn dieselben auch Leser der „Freiheit“ seien, so seien sie damit doch noch nicht für dessen Handlungen verantwortlich zu machen, und sei es deshalb ungerechtfertigt, deren Ausschluß aus der Partei auszusprechen. —

Der folgende Redner macht darauf aufmerksam, daß in der „Freiheit“ nur für den Preßfond des Blattes, nicht aber für die Gemagregelten in Deutschland gesammelt werde. Im weiteren folgt die Ausführung über den Versuch, den Most gemacht abzustreiten, daß er von einem bekannten Genossen bei seiner Ausweisung aus Berlin eine Anleihe gemacht habe. Hierbei habe er auch noch andere ehrenwerthe Personen verdächtigt. —

Der letzte Redner rechtfertigt den Bezirk, welcher Most das Geld zu der Reise nach dem ausgefallenen Kongreß gegeben habe. Es sei dies nicht geschehen, weil man mit Most einverstanden, sondern weil man Most habe Gelegenheit geben wollen, sich zu rechtfertigen. —

Es wird Schluß der Debatte angenommen. Der Correspondent erklärt mit Rücksicht auf Most's Ankündigung einer Broschüre gegen die sozialistische Arbeiterpartei, daß auch er, als er von dem Zerwürfniß zwischen Most und der Partei noch keine Kenntniß hatte und erst eine einzige Nummer der „Freiheit“ zu Gesicht bekommen gehabt, sich bedingungsweise zustimmend an Most gewendet habe, was dieser vorausichtlich in perfider Weise gegen ihn ausnützen werde. Sodann verliest Redner ein hektographirtes Circular, in dem Most noch vor Erscheinen des „Sozialdemokrat“ gegen denselben in der schmähtlichsten, verleumderischsten Weise intrigirt, obgleich er vorher selbst ein Zentralorgan gefordert und sich sogar zur Abgabe der Redaktion der „Freiheit“ an einen deutschen Genossen bereit erklärt hatte. Redner geht dann auf die Haltung des letzteren Blattes ein und weist darauf hin, daß Most sich noch später brieflich wiederholt im Wesentlichen mit dem „Sozialdemokrat“ als im Einverständnis befindlich ausgesprochen habe, und das zu einer Zeit, wo der „Sozialdemokrat“ sogar vielen deutschen Genossen noch zu „zahn“ gewesen sei. (Die Briefe sind vom 11. Oktober und 12. November 1879.)

Aus diesen Widersprüchen gehe unzweifelhaft die Charakterlosigkeit und Unzuverlässigkeit Most's hervor. Redner schildert im Weiteren das Verhalten des Letzteren bei seiner Anwesenheit in der Schweiz und die überaus klägliche Rolle, die dieser namentlich in einer öffentlichen Versammlung in Zürich gespielt habe, wo er klein beigab, um sofort nach seiner Rückkehr nach London die alte Rolle des Krachlers änger als je zuvor wieder aufzunehmen. Er sei dabei ebenso leichtsinnig wie gewissenlos verfahren, indem er sich, trotz zahlreicher Warnungen, mit dem Polizeispion Zadek eingelassen und verschiedene Parteigenossen mit demselben in Verbindung und somit zur Kenntniß der Polizei gebracht habe. Schließlich fährt Redner aus, daß Most gar nicht mehr als Sozialist betrachtet werden könne. Er sei höchstens Blanquist und zwar im schlimmsten Sinne des Wortes, der keinen andern Zweck als zweck- und lospflohe Revolutionsmacherei verfolge. Es sei deshalb notwendig, daß der Kongreß sich entschieden gegen Most erkläre und ihn aus der Partei ausschließe. —

Es tritt Schluß der Debatte ein und erfolgt die Verlesung des folgenden Antrages, welchen sechs Genossen unterschrieben haben:

„In Erwägung, daß Johann Most seit längerer Zeit sich in Widerspruch mit den von ihm selbst noch unter dem Sozialistengesetz vertretenen Grundsätzen der Partei gesetzt und nur noch den Einflüssen seiner häufig wechselnden Laune folgt;

In fernerer Erwägung, daß Most sich zum Kolporteur jeder gegen die deutsche Sozialdemokratie erhobenen Verleumdung, komme sie von welcher Seite sie wolle, gemacht hat und notorischen Polizeigeboten trotz ertheilter Warnung Vorschub leistete, nur weil sie auf die sogenannten Parteiführer schwipften;

In schließlicher Erwägung, daß Most Handlungen begangen hat, die allen Gesetzen der Ehrenhaftigkeit widersprechen,

Erklärt der Kongreß, daß er jede Solidarität mit Johann Most zurückweist und ihn als aus der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands ausgeschieden betrachtet.“

Es erfolgt die Abstimmung und wird der Antrag mit allen gegen zwei Stimmen angenommen. —

Hierauf erfolgte die Berichterstattung der Wahlprüfungs-Kommission über die Wahl eines Ehrengerichtes in Sachen Radow's und Auer's.

Auf Vorschlag eines Vertreters bestimmt der Kongreß sodann, daß wenn einer der Gewählten etwa verhindert sei, den Sitzungen der Kommission beizuwohnen, dann derjenige der Nichtgewählten, welcher die größte Stimmenzahl erhalten, als Stellvertreter einberufen werden soll.

Hierauf wurden die Kongreßsitzungen von 7 $\frac{1}{2}$ bis 9 Uhr vertagt.

Fünfte Sitzung. Sonntag, 22. August, Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Zunächst kommt die Angelegenheit Körner-Finn zur Sprache. Der Antrag, über diese Affaire ohne Weiteres zur Tagesordnung überzugehen, wird unter lebhaften Zustimmungsaussagen ohne jede Debatte angenommen. —

Es folgt sodann eine längere Berathung über die Situation des Kongresses, nach deren Beendigung man zum Bericht über das Verhalten der Abgeordneten im Reichstag übergeht.

Der Referent bezieht sich auf den vor einiger Zeit veröffentlichten Reichstagsbericht und fügt demselben Aufklärungen über Mißverständnisse, welche in der Partei bemerkbar wurden, hinzu. Man habe das Wort „Revolution“ mißverstanden und den sozialistischen Abgeordneten zum Vorwurf gemacht, sie seien nicht revolutionär. Es sei jeder Sozialist ein Revolutionär, aber man dürfe unter Revolution nicht bloß die Gewaltdurchführung sehen. Die Partei hat unter dem Sozialistengesetz ihren Charakter und ihre Selbstständigkeit gewahrt; es ist ihren Vertretern keine Prinzipienverletzung vorzumerfen. Unter der Attentatsaufregung mußte man aus taktischen Gründen vorsichtig vorgehen. Die Partei hatte gar nicht die Möglichkeit, der Regierung gewaltsam die Spitze zu bieten. Daran ändern die sogenannten Anarchisten und die Nihilisten nichts, welche darüber Vorwürfe erheben. Die Zustände in Rußland seien in ganz anderen Verhältnissen begründet und die Taktik der Verweigerung, wie sie die Nihilisten üben, taugte für Deutschland nicht. Als das Nobiling-Attentat geschehen, mußte der Partei daran liegen, die Verleumdung, Nobiling gehöre zur Partei, zu widerlegen. Die seither beobachtete Taktik hat sich bewährt und Bismarck besorgt mit seinen Steuerprojekten und der ganzen Art seiner Politik unterdeß die Agitationsarbeit der Sozialisten. Revolutionäre Beschlüsse fassen, ohne sie auszuführen, sei eine Klenderei, deren wir uns nicht schuldig machen dürften. Daß wir das Militärgesetz, das Tabakmonopol u. Bismarck verweigern, und gegen alle neue Steuern kämpfen, ist selbstverständlich. Wenn ein einzelner Zeitungsartikel im Parteiblatt sich für das Monopol erklärt, so sei das die Anschauung eines Einzelnen und es sei unnütz, daraus Kapital zu schlagen. Die Abgeordneten haben das Mandat vielfach zu agitatorischen Zwecken benützt, was gerade jetzt, nachdem Versammlungen, Vereine und Parteipresse verboten sind, von um so höherem Werthe ist. Nachdem das Attentatsfieber sich gelegt und die Stimmung umgeschlagen ist, ist die Zeit gekommen, wo die Partei wieder mehr positiv vorgehen kann und muß. Bis her galt es, zu retten und zu sammeln; jetzt wird man mehr agitatorisch auftreten. Der notwendige „Rückzug“ beim Eintritt des Sozialistengesetzes war nicht ein „Rückzug“ im Sinne der Preisgabe von Prinzipien, sondern der trotz der Uebermacht der Feinde erzwungene Rückzug in eine gesicherte Position. Der momentane geordnete Rückzug war nötig, denn zum „Loschlagen“ war keine Möglichkeit. Damit wolle er nicht den sogen. „geschlichen Weg“ als unumstößliche Norm bezeichnen. Es ist eine Klugheit der Regierungen, ihn zu ermöglichen. Die deutschen Regierungen haben aber bisher diese Klugheit nicht gezeigt, und wenn es schließlich einmal zum Neufestern kommt, wird sich zeigen, wer mehr seine Schuldigkeit thut, die jetzt Angegriffenen, oder die, welche sie angreifen. (Bravo!) —

Es kommen Anträge von Berliner Genossen zur Debatte. Die Parteigenossen, welche dieselben übergeben, verzichten darauf, dieselben zu begründen. Der hierher gehörige Theil dieser Anträge lautet:

„Den sozialdemokratischen Abgeordneten ist über ihr Verhalten im deutschen Reichstag ein Mißtrauens- und Totum zu ertheilen.“

Gründe:

- a) Kaiser's Eintreten für die Schutzpöle,
- b) Bebel's Apell an den „Patriotismus“ der Genossen, sowie seine „Erwartung“, daß dieselben sicher auch die „Feinde“ aus dem Lande schlagen würden,
- c) Hasenclever's Protest gegen die Erklärungen Hasselmann's im Reichstage,
- d) Liebknecht's Erklärungen, welche den persönlichen Streit unter den Abgeordneten emfach haben.“

Der erste Redner hiezu führt aus: Die Abgeordneten haben nicht gegen das Prinzip gestanden, aber sie haben zum Theil einen Ton angeschlagen, der zu mißbilligen sei, weil er zu sehr von persönlicher Rücksicht für die Gegner zeuge. Redner zitiert eine Stelle aus einer Rede Frißche's. —

Der erste Redner hiezu führt aus: Die Abgeordneten haben nicht gegen das Prinzip gestanden, aber sie haben zum Theil einen Ton angeschlagen, der zu mißbilligen sei, weil er zu sehr von persönlicher Rücksicht für die Gegner zeuge. Redner zitiert eine Stelle aus einer Rede Frißche's. —

Hiegegen wird von verschiedenen Seiten angeführt, Fröhliche habe in jeder Rede den prinzipiellen Standpunkt gewahrt. — Auch hat Kaiser im Reichstag seinen Verstoß gegen das Prinzip bezeugt und verdient sein Mißtrauensvotum. — Ein anderer Redner führt aus: Hasselmann gelangte nur durch die Rücksicht der sozialistischen Fraktion dazu, seine letzte Brandrede zu halten. Er sprach darin direkt gegen die Partei-Interessen, seine anarchischen Aeußerungen waren gegen die Partei gerichtet, und daher mußte er desavouirt werden. Niemand werde sich durch ein Berliner Mißtrauensvotum abhalten lassen, sich denselben Standpunkt gegenüber solchen Vorkommnissen einzunehmen. —

In Bezug auf die angegriffenen Aeußerungen mehrerer Abgeordneten bezüglich der russischen Nihilisten, führt ein anderer Redner aus: Es könne für keinen denkenden Sozialisten in Deutschland ein Zweifel sein, daß der russische Nihilismus von dem deutschen Sozialismus himmelweit verschieden sei. Die Aeußerung Bebel's, daß die Nihilisten sich vorzugsweise aus den Gesellschaftskreisen des Herrn v. Kardorf rekrutierten, habe nach Angabe Züricher Genossen in Nihilistenkreisen Mißfallen erregt, darauf könne aber ein Abgeordneter der sozialistischen Partei in Ausübung seiner Vertreterpflicht nicht Rücksicht nehmen. Wenn einzelne Berliner Genossen kleinliche Anlässe zu Mißtrauensvoten benutzen wollen, so beweisen sie nur damit, daß sie einer schon länger geübten Praxis gemäß bei jeder Gelegenheit in der gehässigsten Weise über gewisse Leipziger und Hamburger Parteigenossen herfallen, und sie stellen sich damit auf den Standpunkt Hasselmann's. Obgleich gerade von den Angegriffenen in der energischsten Weise für die Ausgewiesenen eingetreten wurde, hätten sich seit längerer Zeit die Feindseligkeiten eines Theils der Ausgewiesenen gemehrt. Es sei jedenfalls sonderbar, daß Berliner Parteigenossen so bereitwillig mit Mißtrauensvoten gegen die Abgeordneten auftreten, sogar Ausschlußanträge stellen, ohne daß sie im Stande wären, die Beschuldigungen zu beweisen, aber für das parteimörderische Treiben der Herren Most und Hasselmann kein Wort des Tadel's hätten. Dieses Vorgehen müßte gebrandmarkt und entschieden jurisdigewiesen werden, damit man in den bezüglichen Kreisen erfahre, wie der Kongreß über sie denke. —

Die Berliner Anträge werden einstimmig abgelehnt. Abgelehnt wurde ferner der Antrag: „Die sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag haben die Pflicht, jederzeit in energischer Weise prinzipiell aufzutreten und sich nicht an untergeordneten Fragen zu betheiligen. Die Abgeordneten sind gemäß dem Beschluß des Gothaer Kongresses 1877 verpflichtet, bei allen Abstimmungen einheitlich geschlossen zu stimmen.“

Die Ablehnung wird dadurch motivirt, daß das im Antrag Verlangte ja selbstverständlich sei.

Angenommen wird die Resolution: „Wie die deutsche Sozialdemokratie allen Bewegungen, die auf Befreiung der Völker vom sozialen und politischen Druck ausgehen, ihre volle Sympathie entgegenbringt, so thut sie dies selbstverständlich auch den für die Befreiung des russischen Volkes wirkenden sogenannten Nihilisten gegenüber, obwohl sie darin durch die besonderen Verhältnisse Rußlands bedingte Taktik für Deutschland nicht geeignet hält.“

Die Sitzung wird Nachts 1 Uhr auf morgen früh 8 Uhr vertagt.

Sechste Sitzung. Montag 23. August, Vormittags 8 Uhr.

Bei Verlesung der Präsenzliste ergibt sich, daß 10 Vertreter aus zwingenden Gründen abgereist sind, so daß noch 46 anwesend sind. Es erfolgt zunächst die Verlesung der gestrigen Protokolle. Diese Arbeit nimmt anderthalb Stunden in Anspruch. Nachdem verschiedene Korrekturen zu den Protokollen beantragt und daran vorgenommen wurden, werden die drei Protokolle genehmigt. —

Es stehen zur Debatte die Organisations- und Parteisteuerfrage. Zu dieser liegen eine lange Reihe von Anträgen vor, die wir aus taktischen Gründen nur theilweise veröffentlichen können.

Unter anderen beantragen Züricher Genossen:

„Zur Herstellung einer regelmäßigen Verbindung der Sozialisten und Sozialistenvereine des Auslandes unter sich und mit der Partei in Deutschland, sowie zur Pflege des Verkehrs zwischen letzteren und den Brudervereinen des Auslandes, wird eine Verkehrsstelle außerhalb Deutschlands geschaffen, welche den Verkehr zwischen den einzelnen Vereinen zu vermitteln, alle Beschwerden, Anträge u. c. entgegenzunehmen und in geeigneter Weise zu erledigen hat.“

Weiter wird beantragt:

„In der Regel alle Jahre, spätestens aber alle drei Jahre soll ein Parteikongreß stattfinden. Die Form der Einberufung steht den autorisirten Personen zu.“

Diese, sowie noch eine Anzahl anderer Anträge in ähnlicher Richtung, rufen eine lange und sehr lebhaft debattirte Debatte hervor, an welcher sich eine große Zahl Redner betheiligt. Das Endergebnis ist, daß eine Reihe von auf die Organisation der Partei bezügliche Anträge die fast einstimmige Zustimmung des Kongresses erhalten. Ferner wird angenommen der angeführte Antrag der Züricher Genossen, betreffend eine Verkehrsstelle für die auswärtigen Sozialisten. Annahme findet auch der Antrag in Bezug auf die Abhaltung von Kongressen.

Ferner wird einstimmig beschlossen, daß der in Zürich erscheinende „Sozialdemokrat“ das einzige offizielle Organ der Partei sei.

Schluß der Sitzung $\frac{3}{4}$ 1 Uhr. Wiederaufnahme derselben um 2 Uhr.

Siebente (Schluß-) Sitzung. Montag 23. August, Nachmittags 2 Uhr.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um $\frac{2}{4}$ Uhr und verliest die Präsenzliste, sowie eine Reihe eingegangener Anträge, die sich auf die Presse beziehen. —

Die Debatte über die Presse und die betreffenden Anträge wird eröffnet.

Ein Redner spricht sich gegen Gründung neuer Presseorgane aus. —

Der folgende Redner hält es nach den gefaßten Beschlüssen für nothwendig, der Affaire Most und Hasselmann im „Sozialdemokrat“ so wenig wie möglich zu erwähnen. Außerdem wünscht Redner, daß der „Sozialdemokrat“ jezt auch im vollsten Sinne des Wortes Parteiorgan werde und deshalb auch jedem Genossen zu prinzipiellen Erörterungen freigegeben werde.

Ein in der Schweiz lebender Genosse führt aus, daß der „Sozialdemokrat“ populärer in der Schreibweise werden müsse, dann würden manche Klagen darüber, daß das Blatt nicht radikal genug sei, verstummen. Er befürworte deshalb, daß der Redakteur des „Sozialdemokrat“ in diesem Sinne thätig sei. Die persönliche Polemik könne nicht ganz aus dem Blatte verbannt bleiben. Es handle sich dabei oft um wichtige Parteiangelegenheiten. Es sei freilich nothwendig, die Polemik möglichst zu beschränken. —

Es erfolgt hierauf der Bericht über den Stand des „Sozialdemokrat“. Aus demselben geht hervor, daß die Zahl der Leser desselben, trotz der ganz außergewöhnlichen Schwierigkeiten, welche sich der Verbreitung des Blattes entgegenstellen, stetig steige. Besonders im letzten Quartal ist ein erfreulicher Aufschwung zu verzeichnen, was mit darauf zurückzuführen ist, daß die Genossen in dem Minenrieg gegen die Polizei immer gewandter und erfahrener werden. Bei den außerordentlich hohen Kosten, welche die sichere Expedition des Blattes nach Deutschland verursacht, macht das Blatt heute noch ein Defizit, doch ist gegründete Hoffnung vorhanden, daß dasselbe bald verschwinden werde und werden die Genossen deshalb zur Erreichung dieses Zieles aufgefordert, in energischer Weise für die Verbreitung des Blattes einzutreten. —

Die nun folgenden Redner ergehen sich über die Haltung des Blattes, wobei man im Großen und Ganzen seine Zustimmung ausspricht. Ein von Berliner Genossen eingesandter Protest gegen die Redaktion des „Sozialdemokrat“ wird dadurch erledigt, daß die Redaktion nachweist, daß sie einer von Berlinern eingesandten Solidaritätserklärung mit Hasselmann, nicht eigenmächtig, sondern erst nach Rücksprache mit einer Anzahl namhafter Genossen, die Aufnahme in das Blatt verweigert hat. Beschlossen wird, der Redaktion zu empfehlen, für die in dem Blatt zu führende persönliche Polemik eine eigene Rubrik auf der letzten Seite des Blattes einzurichten. —

Ein Redner spricht sich dagegen aus, daß bereits durch Flugblatt zur Kenntniß der Parteigenossen gekommene Artikel im „Sozialdemokrat“ noch einmal zum Abdruck kommen. Mit Bezug auf den Ton des Blattes müßte doch bemerkt werden, daß der Ton, der bei Most gewöhnlich sei, dem „Sozialdemokrat“ nicht zugestanden werden dürfe. —

Der Vorsitzende bringt einen Antrag wegen Gründung eines Parteiarchivs in der Schweiz zur Verlesung und wird derselbe vom Kongreß im Prinzip angenommen. —

Hierauf kommen mehrere Anträge bezüglich der Herausgabe von Flugblättern zur Mittheilung, über die ohne Debatte zur Abstimmung geschritten wird. Diefelbe ergibt, daß sämtliche auf die Herstellung von Flugblättern u. c. bezüglichen Wünsche und Anträge zur Berücksichtigung empfohlen werden. Weiter gelangt folgender Antrag zur Annahme:

„Der Kongreß erklärt, daß die derzeitigen politischen und wirtschaftlichen Zustände in Deutschland durchaus nicht geeignet sind, neue Zeitungen für die sozialdemokratische Partei zu gründen und beauftragt die Parteivertretung, jedem derartigen Projekt entschieden entgegenzuarbeiten.“

Außerdem wird noch ein Antrag angenommen, für den Wahlkreis Barmen-Elberfeld ein Flugblatt herauszugeben, in welchem die Angelegenheit Hasselmann klar gestellt wird. —

Hiermit sind die die Presse betreffenden Anträge erledigt und wird zur Verhandlung über die Reichstagswahlen übergegangen. —

Betreffs der Stellung, welche die Partei zu den Wahlen einzunehmen hat, wird folgender Antrag einstimmig angenommen:

„Die anwesenden Vertreter der sozialdemokratischen Arbeiterpartei deutscher Zunge empfehlen ihren deutschen Parteigenossen, sich mit allen Kräften an den stattfindenden Wahlen für Reichstag, Landtag und Kommune zu betheiligen und zwar aus agitatorischen und propagandistischen Rücksichten.“

Inbesondere empfehlen sie den Parteigenossen in Deutschland die allgemeinste und energischste Thätigkeit für die im Jahre 1881 stattfindenden allgemeinen Reichstagswahlen und zu diesem Zwecke die Vornahme folgender Schritte:

1) Aufnahme der Agitation in den einzelnen Wahlkreisen und feste Organisation in jeder geeigneten Weise.

2) Vornahme regelmäßiger Geldsammlungen.

3) In allen Wahlkreisen ohne Rücksicht auf die Zahl der Bestimmungsgenossen bei der Wahl selbstständig vorzugehen und eigene Kandidaten aufzustellen. Für den Fall von Stichwahlen empfehlen die Anwesenden den deutschen Parteigenossen im Allgemeinen Wahlenthaltung.“

Außer den von der Partei bereits eroberten Wahlkreisen werden 21 weitere Kreise als offizielle erklärt.

Angenommen wird ferner als selbstverständlich der Antrag, daß in Zukunft Wahlflugblätter und sonstige mündliche und schriftliche Veröffentlichungen der Kandidaten und der Wahlausschüsse unter keinen Umständen dem Programm widersprechen dürfen.

Weiter wird nachstehender Antrag einstimmig angenommen:

„Der Kongreß deutscher Sozialisten, in Erwägung, daß die Befreiung der Arbeiterklasse das Werk der vereinigten Proletarier aller Länder sein muß und daß die deutsche Sozialdemokratie von jeder ihren internationalen Charakter betont hat, stimmt dem Vorschlag der belgischen sozialistischen Arbeiterpartei auf Einberufung eines sozialistischen Weltkongresses mit voller Sympathie zu und beauftragt die Parteivertretung, den Kongreß mit zwei Vertretern zu beschicken.“

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Genosse Seubert aus Winterthur spricht dem Kongreß noch die Sympathien der deutschen Genossen in der Schweiz aus und stellt finanzielle Unterstützungen bei den Wahlen u. in Aussicht. —

Nach einer die Bedeutung des Kongresses würdigenden und den Ernst des Augenblicks betonenden, zugleich aber zu erneuter, vermehrter Thätigkeit im Sinne der gefaßten Beschlüsse aufmunternden Ansprache des Präsidenten wird der Kongreß $\frac{1}{8}$ Uhr mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie und dem Gesang der Marzeillaise geschlossen. —

Erklärung.

In dem Bericht über den Wydener Kongreß ist gelegentlich der Mittheilung des „Protestes der Berliner Ausgewiesenen von Hamburg und Umgegend“ bemerkt, daß die Herren Körner und Finn diesen veranlaßt hätten. Herr Emmerich, ehemals Redakteur der „Berliner Freien Presse“ und Ausgewiesener, erklärt mir nun, daß die Herren Körner und Finn jenem Altesstück fern ständen, dasselbe vielmehr von Herrn Wolff in Hamburg, jezt in Dittensen — der den österreichischen Parteigenossen sehr wohl bekannt ist, wenn auch keineswegs in angenehmer Erinnerung bei ihnen steht — verfaßt worden sei. Die Herren Emmerich, Szymath und Genossen haben dann dieses Altesstück gelesen und ihre Zustimmung dazu gegeben.

Ich halte für nothwendig, diese Thatsache zu konstatiren, selbst auf die Gefahr hin, daß man mir nachsagt, ich hätte die Herren Emmerich, Szymath und Genossen „denunziren“ wollen. Ich bin der Ansicht, daß die Herren mit dem Altesstück, das Herr Wolff in die Hände der Polizei hat fallen lassen, letzteren einen großen Dienst erwiesen haben und eine „Denunziation“ ihrer Personen nur für sie von Vortheil sein kann. Zudem soll ja Herr Wolff, wie mir ebenfalls Herr Emmerich mittheilt, die Freundschaft haben, das von ihm verfaßte Pamphlet im Druck erscheinen zu lassen, wenn dasselbe — wie mittlerweile geschehen — vom Kongreß ohne Beachtung bliebe.

Ich habe darauf geantwortet, daß uns das nur angenehm sein könnte und uns eine erwünschte Gelegenheit biete, mit dem sauberen Herrn Verfasser und seinen Hintermännern abzurechnen. Dies zur Klärung.

Leipzig, den 4. September 1880.

A. Bebel.

Sozialpolitische Rundschau.

Schweiz.

* Es ist ziemlich sicher, daß der geplante sozialistische Weltkongreß in der Schweiz und wahrscheinlich in Zürich stattfinden wird. Der den Kongreß einberufende Landesrath der belgischen sozialistischen Arbeiterpartei hat letzteren Ort und als Zeit der Abhaltung den September nächsten Jahres vorgeschlagen, wogegen sich bis jezt ein Widerspruch noch von keiner Seite erhoben hat. Wir brauchen nicht erst zu sagen, daß die Züricher Sozialisten diese Auswahl mit Freuden begrüßen und daß sie, falls dieselbe endgültig werden sollte, die Vertreter der sozialistischen Arbeiter der ganzen zivilisirten Welt als Brüder empfangen und ihren wichtigen, mit so vielen Hoffnungen erwarteten Arbeiten jede Förderung angedeihen lassen werden.

Um auch schon an den Vorarbeiten theilzunehmen, hat der Züricher Internationale Arbeiterverein — die einzige Organisation auf deutschem Sprachgebiet, welche als ehemalige Sektion der alten Internationale deren Namen erhalten hat — nach einseitiger Zustimmung zur Kongressidee und eingehender Beratung derselben in öffentlicher Sitzung einen, aus Deutschen, Oesterreichern, Schweizern, Polen und Russen zusammengesetzten, siebenköpfigen Ausschuß gewählt, welcher die von dem Internationalen Arbeiterverein an den Kongreß zu stellenden Anträge zu beraten und einer weiteren, baldigen Versammlung des Vereins vorzulegen hat, nach deren endgültigem Beschluß sie an den belgischen Landesrath zur Einreichung in die Tagesordnung überandt werden sollen.

Deutschland.

* Nothstand, Steuerdruck, Polizei und Bismarck — das ist die Geschichte jeder Woche und besonders auch wieder der letztvergangenen. Die Blätter enthalten spaltenlange Berichte über die künftigen Ueber-schwemmungen und die Rikereute, die sämtlich mit den dunkelsten Farben schildern. Das Vieh muß zur Stallfütterung eingetrichtert werden, die Wiesen sind in Seen verwandelt, der Roggen verfaul auf dem Felde, Weizen und Gerste leiden an Auswuchs, Kartoffeln sind nur auf sandigem Boden gesund geblieben, die Arbeiter sind ohne Verdienst; Schwestern und Mütter sind vom Wasser, die Scheunen vom Bliß jersürt; Hunderte von Ortschaiten gewähren ein Bild des Jammers und bis zum Winter werden in den betroffenen Landestheilen die letzten Lebensmittel aufgezehrt sein. . . Und was thun diesem dringenden Nothstand gegenüber die „leitenden Kreise“ und die Regierung? So gut wie nichts. Die Spaltung der Nationalliberalen ist für erstere ein weit wichtigerer Gesperrschloß, die Regierung aber beschäftigt sich lieber mit Planung neuer indirekter Steuern, deren man abermals ein halbes Hundert Millionen dem deutschen Volke aufhalsen will. Dadurch und durch die erfolgte Ernennung des deutschen Allmächtigen zum Handelsminister (zu allen seinen bisherigen Keimern dazu) wird dann wohl dem Nothstand und dem Sozialismus zugleich ein Ende gemacht werden. Ramentlich soll es auch dem letzteren nun (zum wienischen Mal?) ernstlich an den Kragen gehen, da der Geniale die langversprochenen „positiven“ Maßregeln zur Lösung der sozialen Wirren persönlich ausbreiten will. Ein Hauptstück dieses genialen Kriegesplanes scheinen die famosen Zünunngen — welche den bisherigen Handelsminister zu Fall brachten — und ein anderes das Brüderpaar Finn-Körner zu sein, das seine Fastnacht mitten im Sommer, aller ihnen entgegenstehenden Heiterkeit ungeachtet, weiter-treibt und erst jählt ein weiterkühnendes Manifest „an die Berliner Arbeiter“ erlassen hat, das mit Hymnen auf Polizei und Regierung und einer Aufforderung zur Gründung einer regierungsozialistischen Partei schließt. Da wird wohl alle Zwietracht, Unzufriedenheit, Armuth und Noth bald ein Ende haben und der arme Sozialismus wird elendiglich ins Gras beißen müssen!

— Die Reichsherrlichkeit zeigt sich wieder einmal verdammt fadenscheinig. St. Sedan ist trotz zehnjähriger Aufregung noch immer kein Nationalgott geworden, ja er ist es in der heutigen nationalen Kagenjammerecke weniger als je. Das verdammt ebensomeng frömmelnd-bombastische kaiserliche Anrufen als Bekräftigungen der Segner des Schlachtentests zu ändern, wie sie in Altona vorfamen. Das ärgste Voch hat der Nimbus der Reichsglorie aber in der Hauptstadt des Vaterlandes bekommen, das die Nationalliberalen einst als einen Hort des Reichsgedankens feierten und das bei der jüngsten „Wittelsbachfeier“ keinen schwarz-weiß-rothen „Reichsregen“ dautete und die wenigen „Reichsfreunde“, welche sie überhaupt zu zeigen wagten, durch — politische ungebundene — Drohungen zur schlemigen Beseitigung zwang!

Die Nachricht von der Abhaltung des Kongresses der deutschen Sozialdemokratie in der Schweiz beschäftigt die politischen Kreise Deutschlands aufs lebhafteste und hat die Regierung im ersten Augenblick geradezu verblüfft; denn die ganze Sache war der allwissenden Polizei vollkommen entgangen gewesen, so daß diese die Sozialisten überall eher gesucht hätte, als jenseits des Bodensees. Natürlich macht der Kongress viel Lärm in der Presse, die wahrhafte Ritter- und Künbergsgeschichten über ihn erzählt. Wir werden uns mit den Stimmen der Presse und der Parteien über den Kongress nächstens eingehender beschäftigen.

Die Parteigenossen des 22. sächsischen Reichstags-Wahlkreises (Reichenbach, Auerbach, Freuen, Kirchberg etc.) haben einstimmig beschlossen, Genossen Robert Müller aus Reichenbach i. S. als Kandidat der Arbeiterpartei für die Nachwahl zum Reichstag aufzustellen. Bis jetzt ist der Wahltermin noch nicht angesetzt. Auch von Aufstellung der Wählerlisten hört man noch nichts, ebensowenig von einem gegnerischen Kandidaten; nur Herr Fintel in Leipzig hat einige fruchtlose Versuche gemacht, als Kandidat aufgestellt zu werden. Hoffentlich werden unsere Genossen desto mehr Eifer entwickeln!

Verschiedene Verhaftungen von Sozialisten fanden wieder statt. In Altona und Hamburg wurden die Gen. Zint, Petersen und Waack aus den Betten ins Gefängnis geschleppt, weil sie sich an der Verteilung einer Flugsschrift gegen die Schanzfeier betheiligigt haben sollen. (Weiteres hierüber im nächsten Blatt.) In Aachen wurden zwei niederdeutsche Arbeiter wegen Verbreitung sozialistischer Schriften und in Dresden Gen. Schlüter angeklagt wegen desselben „Verbrechens“ verhaftet. Im letzteren Falle spielt die Postpolizei eine Rolle.

Gen. Liebknecht, der vor einiger Zeit den Skandal, daß ein sächsischer Oberstaatsanwalt (Hauptsozialistenverfolger) einem reichen Lumpen zur Furcht verhofft, verdienstmäßig an die Öffentlichkeit brachte, ist deshalb wegen „öffentlicher Beleidigung“ zu sechs Monaten Gefängnis verurtheilt worden. Selbstverständlich kommt die Sache zur weiteren Verhandlung. — Die „Ehre“ der Volksschinder und Sozialistenfeinde aller Art wird überhaupt gar sorgfältig bewacht. So wurde auch ein Journalist, der vor neuen Gründungsversuchen Stroussbergers gewarnt, verurtheilt. Was sollte auch aus dem Reich werden, wenn seine besten Stützen angegriffen werden?

Die Nachricht von dem Eingehen der „Dresdener Abendztg.“ stellt sich als eine falsche, von dem Wunsche der Reaktionen diktiert heraus. Wir woffelten gleich an der rechtlichen Zulässigkeit einer solchen Maßregel.

Oesterreich-Ungarn.

Anfolge der jüngst erörterten Wiener Volksmünze fanden auch in Prag Nachforschungen bei verschiedenen bekannten Sozialisten statt. Man übertrug ein an den Redaktor des parteigenösslichen „Budoucnost“, Gen. Peca, adressirtes, Flugsschriften enthaltendes Paket. Gen. Soula, der verhaftet werden sollte, entzog sich der Polizei durch eilige Flucht in die Schweiz. — Wegen der verhafteten Wiener will man einen großartigen Prozeß machen, man weiß nur noch nicht, ob man sie fesseln oder hängen will, d. h. auf Grund welches Paragraphen: Hochverrath, Majestätsbeleidigung, Aufreizung u. dergl. man sie verdonnern soll. Denn daß sie verdonnert werden, dafür sorgen schon die famosen kaiserlichen Richter, um so mehr als ihr Herr und Gebieter sich „in höchst eigener Person“ über die „sozialdemokratischen Umtriebe“ hat Bericht erstatten lassen und dabei die Erwartung einer baldigen, energischen Unterdrückung dieser Volksaufregungen ausgesprochen hat. Natürlich, hängt doch des bornirten Habsburgers und aller seiner fürstlichen, adligen und bürgerlichen Spiegelgesellen Eristen davon ab, daß das Volk nicht „aufgereizt“, d. h. aufgeliert wird. Die kaiserlichen „Erwartungen“ vermindern aber den natürlichen Entwicklungsgang nicht um einen Tag anzuhalten und so wird auch, trotz der anscheinend unheilbaren Blindheit der Völker Oesterreichs, wohl kein Habsburger mehr in die Lage kommen, ein fünfzigjähriges Jubiläum zu feiern.

Eine unerhörte Inzucht gegen Arbeiter wird aus Ungarn berichtet: Eine ungarische Gesellschaft hatte aus einer einzigen lombardischen Gemeinde gegen 300 Erdarbeiter zu Entwässerungsarbeiten in der ungarischen Tiefebene kommen lassen. Infolge des mörderischen Summflusses starben dort binnen kurzer Zeit 15 von diesen am Fieber und eine Masse erkrankten, worauf ein großer Theil der übrigen Arbeiter — worunter halbe Knaben und Weiber — dem gewissen Tod durch die Furcht zu entriemen suchten. Hieran aber wurden sie von den Unternehmern und der von diesen requirirten Obrigkeit mit Gewalt gehindert und zur Fortsetzung der Arbeit gezwungen; der angerufene italienische Konsul aber billigte, von den Unternehmern befohlen, ganz das gegen seine Landeskunde beobachtete Verfahren. Welcher Unterschied besteht zwischen diesen „freien“ Arbeitern und Sklaven? Aber auch ihre Befreiungshunde und die Stunde der Abrechnung für ihre Peiniger wird schlagen.

Belgien.

Brüssel, 5. Sept. Kaum sind die Festlichkeiten der fünfzigjährigen Unabhängigkeit Belgiens, welche, um dem Volke die Augen zu verblenden, mit großem Pomp gefeiert wurden, vorüber, so fährt die Regierung in der bisherigen Weise fort, die Anechtenschaft des Landes unter seinem östlichen Nachbar zu beweisen. So erhielt vergangene Woche Genosse Köhler, von Vervan kommend, wo ihm die vereinte Polizei und Bourgeoisie seine Eristen unmöglich gemacht hat, eine Ausweisungsbefehl. Um die Gründe seiner Ausweisung zu erfahren, da er in Arbeit und mit den nötigen Papieren versehen war und sich an keiner politischen Versammlung betheiligte, auch erst wenige Tage hier war — ging er zum Chef des „Bureau der öffentlichen Sicherheit“. Man nahm dort einen Stoß Alten hervor, auf welchem der deutsche Stempel prunkte und erklärte ihm dann, daß er von der deutschen Regierung als ein „sehr gefährlicher Mensch“ bezeichnet sei, was zu seiner Ausweisung genüge. Wo bleibt denn da die Unabhängigkeit des freien Belgiens, welches, um den deutschen Tyrannen einen Dienst zu erweisen, auf ein lumpig Stül Papier hin, jeden Bismarck nicht Genommen ansieht? Psui der Schande über solche Willkürherrschaft!

Frankreich.

Die französische Bourgeoisie, lebend, daß die schnell wachsende Auhärung und Organisation des Proletariats durch den Sozialismus mit den bisherigen Mitteln nicht aufzuhalten ist, nimmt zu einer neuen Taktik ihre Zuflucht. Sie sucht gleich der ganzen Staats- und Gesellschaftsordnung auch die Arbeiterbewegung zu korrumpiren, indem sie sich in den Beratungskörpern der Partei Stimmen kauft. Zu diesem Zweck hat der Pariser Gemeinderath 3000, der Generalrath der Unter-Seine 500 Franken bewilligt, für welches Geld eine Anzahl der Bourgeois genehmer und deren Interessen dienender, antirevolutionärer und antisozialistischer Arbeiter in den nächsten allgemeinen Arbeiterkongress zu Havre geschickt werden sollen, um dort gegen die Sozialisten aufzutreten. Selbstverständlich werden unsere französischen Brüder durch diese schlaue Berechnung der Bourgeois einen bösen Streich machen und sich diese neuen „weissen Blusen“ vom Leib zu halten wissen.

Der französische Kulturkampf ist im Begriff, nicht minder schimpflich zu enden als in Deutschland. Nachdem die Regierung die Baden gegen die klösterlichen Orden so heftig genommen, will sie sich jetzt, da die Pfaffen zur Nachgiebigkeit und Einholung der geforderten Erlaubnis nicht zu bewegen sind, mit einer Erklärung der Kongregationen, daß sie sich mit Politik überhaupt nicht beschäftigen und daß sie den Befehlen gehorchen wollen, — begnügen. So wäre denn das ganze Resultat des pomphaft angekündigten Feldzugs lediglich das, daß einige Jesuitenschulen weniger sind. Als Privaten lehren die Jesuiten auch ferner und die vielen Tausend übrigen Kongregationen behalten ihre Schulen und verdonnern die Jungen nach Herzenslust weiter. Es kann

sein, daß die Regierung, durch die allgemeine Unzufriedenheit getrieben, dem Pfaffenstand doch einige Boten mehr aus dem Felde rufft; aber fertig wird sie mit diesem Ungethüm so wenig als die heilige oder irgend eine andere halbklüchtige Bourgeoisie. Da muß jetzt zugehakt und der Stahl mit sicherer Hand bis in den innersten Sitz des Lebens gestoßen werden; den großen Pfaffenkreuz wird erst das revolutionäre Proletariat befeigen.

Die Herausgabe eines täglichen sozialistischen Blattes ist gesichert. Die „Emanipation“, welcher bereits über 20,000 Abnehmer gewiß sind, wird vom 1. Oktober ab erscheinen. In ihr wird die treffliche „Egalité“, das bisherige wöchentlich erscheinende Parteiorgan ausgehen, während die wöchentliche „Revue socialiste“ den Namen „Egalité“ annehmen wird. Der „Proletaire“ bleibt als hauptsächlich gewerkschaftliches Organ. So konsolidiren sich die Verhältnisse der französischen Arbeiterpartei immer mehr und wir sind berechtigt, derselben alle Hoffnungen entgegenzubringen. Wöge der am 11. Oktober beginnende Arbeiterkongress zu Havre einen weiteren Fortschritt auf dem Wege der Entwicklung der französischen Arbeiterbewegung bezeichnen!

Italien.

Die Verpechtung des hungernden Volkes hat wieder einmal einen jener in Italien nicht seltenen Landarbeiter-Aufstände hervorgerufen, die nur leider in ihrer Seltenheit zu der gerechten Sache des Volkes niemals Nutzen bringen können, sondern im Gegentheil nur neues Elend, neue Kosten, neue Opfer bringen müssen. In Apicena in der Provinz Neapel erhoben sich hundert Bauern und bewaffneten sich, mit Spaten und Hacken bewaffnet, der unbewohnt liegenden Ländereien des Domänenbesizers. Sie hatten dieselben auch bereits zur Bebauung unter einander vertheilt und theilweise schon mit letzterer begonnen, als Polizei und Truppen anrückten, die „Rädelsführer“ verhafteten und die übrigen verjagten. Die Regierung behauptet auch, daß sie alle Maßregeln ergriffen habe, um ähnlichen „Freiwilligen“ für alle Zukunft vorzubeugen. Die aus ihrem Sicherheitsduseil emporgeschrittene Bourgeoisiepreffe will aber daran angesichts der zahlreichen ähnlichen Aufstände nicht recht glauben. In ihr gewedtes Gewissen läßt sie bei Besprechung dieser Vorgänge sogar auf Wahrheiten kommen, deren Erkenntnis und Zugeständnis man von ihr niemals erwartet hätte. „Die Verhältnisse unserer Landarbeiter — schreibt ein Blatt — sind schreckliche. . . Der Landarbeiter leidet mehr als irgend ein anderer Roth. Er arbeitet wie ein Pferd und vermag kaum seinen Hunger mit ein wenig Polenta (in Oberitalien) oder mit Eichelbrod (in Unteritalien) zu stillen. Bis jetzt wandert er aus oder sucht sich in den Fabriken Arbeit; wenn er aber morgen seine Macht erkennt, wird er sich erheben und zwar nicht nur vereinzelt wie in Apicena und Calatabiano, sondern in Masse. — dann dürften die besitzenden Klassen wahrscheinlich eine schlimme Viertelstunde erleben.“

Wir denken das auch, und zwar werden nicht nur die Landarbeiter, sondern auch die Lohnarbeiter der Städte, ferner nicht nur die Enterbten Italiens, sondern die der ganzen Welt so handeln. Auch dürfte die abdam eintretende Bedrängnis der herrschenden Klasse vermutlich etwas länger als eine Viertelstunde dauern; es wird ihr hoffentlich das Herz abdrücken.

Portugal.

Am 25., 26. und 27. September hielt die sozialistische Arbeiterpartei Portugals in Porto ihren vierten Kongress ab. Die besten Wünsche der Sozialisten Deutschlands und aller Länder begleiten ihn.

Rußland.

Dem von seinem Volk geliebten Bäterchen ist's wieder einmal ziemlich nahe gegangen. Am Tage vor der Reise des Zaren nach Kiewa fand die Polizei bei Zekaterinostaw zwei Minen im Bahndamm. Wer aber am — Thron sterben soll, kommt nicht so leicht durch Pulver um. Hoffentlich nimmt sich der von der glühigen „Vorstellung“ abermals gereizte Kaiser die Geschichte nicht zu sehr zu Herzen, sondern freut sich, daß es — keine Nihilisten mehr gibt!

Athen.

Die Japanesen, welche sich vor wenigen Jahren noch außer jeder Verbindung mit der zivilisirten Welt befanden, seitdem an europäischen Küsten herangebildet haben, sangen an, in einer Richtung manche Völker Europas zu überflügeln und ihnen zum Kaiser zu dienen. Durch einen großen Theil des japanesischen Volkes geht gegenwärtig eine demokratische Bewegung, welche die völlige Abschaffung des alten Absolutismus und Einführung einer demokratischen Verfassung verlangt. Von allen Seiten, von Gemeinden, Vereinen, Versammlungen und Einzelnen, kommen der Regierung dahingehende Verlangen zu, welche an Deutlichkeit und zum Theil großer Entschiedenheit nichts zu wünschen übrig lassen. „Die absolute Regierungsgewalt — so drückt sich eines dieser Schreiben aus — ist eines der größten Verderbnisse. Das Land gehört der ganzen Nation und ist nicht das Eigenthum Einzelner. Wir schämen uns, unsere natürliche Selbstständigkeit bis jetzt so vernachlässigt zu haben. Von der Einberufung oder Ablehnung einer Nationalversammlung hängt der Bestand oder das Verderben des Landes, Frieden oder Zwietracht ab.“ — Wenn doch gewisse europäische Schlafbauendölker auch schon so weit wären wie diese „Barbaren“!

Nordamerika.

New-York, 16. August. Herr Ross hat gegen diejenige Richtung in unserer Partei, welche sich für ein Zusammenwirken mit den Greenbackern und andern Arbeiterorganisationen bei der bevorstehenden Nationalwahl in den Ver. Staaten erklärt hat, Partei genommen und dabei der „Etic. Arbeiterztg.“ nachgesprochen. Er hätte besser gethan, sich zu seinen bisherigen Wägen nicht eine weitere zu geben. Denn, wenn er unser Vergehen mit dem vergleicht, welches etwa die deutschen Sozialdemokraten einschlagen würden, falls sie mit den Schulz-Religiosen und Hirsch-Dunkler'schen Gewerksvereinen und den christlichen Sozialisten Hand in Hand gehen und den Hopsprecher Süder als gemeinsamen Kandidaten aufstellen wollten, und wenn er damit die Väterlichkeit unseres Verfahrens charakterisirt zu haben glaubt, so beweist er seine völlige Unkenntnis der hierzulande herrschenden Verhältnisse.

Hätte unsere Partei die Stärke und geistige Bedeutung der deutschen Sozialdemokratie, so wäre sie allerdings thöricht, nach Bundesgenossen sich umzuschauen. Allein sie ist deswegen so hoffnungslos und bedeutend geblieben, weil sie eine deutsche Partei ohne Einwirkung auf das europäische Element ist. Das soll für sie kein Vorwurf sein, so wenig als den Deutschen in England einer gemacht werden kann, daß dort keine Partei unserer Richtung in den englischen Arbeiterkreisen eine nennenswerthe Verbreitung gefunden hat. Unsere Partei müßte in sich selbst zusammenfallen, wenn sie nicht endlich auf das englische Element nachdrücklich einzuwirken suchte; schon die Langeweile und die daraus entspringenden inneren Zankereien müßten sie umbringen. Es ist That- sache, daß eine Mehrzahl der ältesten und tüchtigsten Mitglieder sich haben freieren lassen und wegblieben, weil die Parteiveranstaltungen für sie das Interesse verlieren, da nach außen keine Fortschritte zu sehen sind. Der Hauptfehler ist, daß so wenige unserer Genossen sich gut englisch ausdrücken können, was sich nicht eben geschwind ändern läßt. Mit den wenigen englischen und irischen Parteimitgliedern haben wir — wenn wir etwa ein paar Dutzend tüchtige und verlässliche annehmen — tauzigjährige Erfahrungen gemacht; sie waren nicht nach allen Seiten hin vorwurfsfrei. So ist die Lage und es war allerseits zugestanden, daß etwas geschehen müßte, um die englische Arbeiterwelt heranzuziehen.

Da kam die Gefahr der Greenback-Präsidentenwahl und ein möglicher Verfassungskonflikt. Eine große allgemeine Volksbewegung für und wider diese Eventualitäten war in Aussicht und keine Partei und Parteifraktion konnte untheilhaftig bleiben. Diese gemeinsame Gefahr näherte uns Elemente an, welche sich vorher spröde gegen uns benommen hatten. Die „Irish Worker“, eine Greenback- und irische nationale Zeitung von weitreichendem Einfluß, stellte sich fast ganz auf ein kommunistisches Programm. Es bildete sich eine geheime Gewerkschaftsorganisation, die „Knights of Labor“, um in der Politik der Herrschaft der alten korrupten Parteinachrichten wo möglich ein Ende zu

machen, und lehnte sich an die Greenback-Opposition an. Die letztgenannte lud am 8. Januar alle Arbeiter-Organisationen zur Betheiligung an einer Nationalkonvention in Chicago am 9. Juli ein. Unsere Partei, welche kurz vorher ihre eigenen Präsidentschaftskandidaten hatte aufstellen wollen, aber keine hatte finden können, stimmte jetzt fast einstimmig für eine Betheiligung an dieser Konvention mit der Bedingung, daß keine Verhinderung, sondern nur eine Kooperation bei getrennter Organisation stattfinden sollte. Da man als hätten die Genossen, welche jetzt der Kooperation opponiren, dies thun sollen; sie thaten es nicht, sondern einige Querköpfe versuchten bloß, der Kooperation Bedingungen vorzuschreiben, welche unerfüllbar waren.

In der Zeit, da die drei großen Nationalkonventionen kurz nach einander abgehalten wurden, ging die von Grant drohende Gefahr vorüber; die Maschinen-Politik der alten Parteien legte, und mit dem Wegfall der gemeinsamen Gefahr legten auch auf der Greenback-Konvention die Maschinenpolitiker, trotzdem daß die Mehrheit der anwesenden Delegaten entweder solche von Arbeiterorganisationen oder für unigen Handhabungen mit uns waren. Der Fortschritt im Greenback-Programm wurde aber durch unsere Betheiligung ein bedeutender. Es wurden fast alle gegenwärtigen Arbeiterforderungen darin aufgenommen. In der Einleitung wurde verkündet, daß die Arbeit in ihrem vollen Ertrag berechtigt sei, daß alle Monopole abgeschafft seien, und im letzten Augenblicke wurde ausgesprochen, daß der Brimallabbau zu verurtheilt sei. Die Delegaten unserer Partei beschloßen, derselben die Annahme dieses Programms und der darauf hin ernannten Kandidaten als das unter den Umständen Möglichste zu empfehlen, und zwar ohne Widerspruch derjenigen, welche später opponirten.

Die nationale Gefahr war allerdings vorbei, und die Nothwendigkeit eines Handhabens weniger dringend geworden; kein Wunder, daß einige Wortführer in unseren Sektionen an dem Kooperiren keinen Geschmack mehr fanden. Nachdem sie die „Etic. Arbeiterzeitung“ gewonnen hatten, kämpften sie gegen die Kooperation mit der Greenback-Arbeiterpartei viel hartnäckiger, als sie gegen die alten korrupten Parteien gekämpft hatten, und zwar mit Woffen der Verdächtigung gegen die ältesten und bewährtesten Genossen und durch Entstellung der Wahrheit. Der Kampf war recht einseitig, denn unsererseits beschränkte er sich bloß auf Abwehr und ruhige Widerlegung. Und die Berurtheilung jenes Schabernaks durch die Urabstimmung der Sektionen erfolgte mit mehr als Zweidrittel-Majorität, trotzdem, daß unsere Seite wenig oder nichts zur Vereinbarung der Parteimitglieder gethan hatte, während die andere Seite eifrig ihre Streitkräfte zusammengedrängt hatte. Dadurch aber haben sie immer soviel erreicht, daß unsere Partei zu spät in den Wahlfeldzug eingreifen kann und die beste Zeit verlieren muß, in die Konvention der Kongress- und Legislatur, County- und städtischen Wahlbezirke propagandiren einzugreifen. Natürlich wird unsere Seite der Partei in der nach übrigen Feldzugszeit ihre Schuldigkeit thun; aber da wir bei den meisten Nominationen von Kandidaten zu spät kommen, so hat die andere Seite einen prächtigen Grund, diese Nominationen aus zum Vorwurf zu machen.

Wenn wir aber endlich, endlich einmal unsere Ideen vor gerechtigten Öhren entwickeln und die langersehnte Propaganda machen, vielleicht sogar ein Scherlein dazu beitragen können, daß keine der alten Parteien eine Volksmehrheit erhält — die an der Spitze der Opposition gegen die Kooperation stehenden, von denen keiner recht Englisch sprechen kann, sind unschuldig daran. Adolf Douai.

Persönliches.

Durch die Presse geht gegenwärtig ein angeklagt von Gen. Friesche an einen amerikanischen Freund geschriebener Brief, welcher verschiedene deutsche Genossen sehr abfällig kritisiert und die Lage sehr pessimistisch schildert. Wir sind nicht im Stande, die Echtheit dieses Briefes prüfen zu können, sondern müssen das unsern Genossen in Deutschland überlassen. Vorläufig halten wir aber den Brief für eine Fälschung; denn wenn man überhaupt annimmt, daß derselbe von einem Parteigenossen herrührt, so wäre er auf alle Fälle eine Lastlosigkeit, welche wir einem unserer ältesten und stets in den vordersten Reihen stehenden Genossen nicht zutrauen können. Wir erwarten baldige Aufklärung.

Von Interesse ist aber die Art, wie der Brief in die Presse kam. Die erste Abschrift dieses angeblichen Briefes will Hr. Hasselmann von Amerika erhalten haben. Hr. Hasselmann theilte dieselbe dann Herrn Ross und einem gewissen Wichmann in Altona mit, der dieselbe sofort an die „Norddeutsche Allgem. Zeitg.“ sandte. Eine biblische Verbindung! Uebrigens druckte das bismarckische Organ den Brief nicht einmal ab, sondern scheint derselbe zuerst im „Hamburger Fremdenblatt“ erschienen zu sein, an welches ihn der in letzter Zeit mehrgenannte Hr. Wolff — 3. Expedient des österreichischen Parteiorgans „Arbeiterfreund“ in Reichenberg und von demselben infolge ehrenrühriger Dinge entsetzt, jetzt ein guter Freund Hasselmanns und Mittelpunkt der Stinkereien gegen Hamburg, wenn nicht noch Schlimmeres — mittheilte.

Briefkasten.

Der Expedition: H. Reich. N. J.: Am 6. S. S. d. „J.“ abgel. u. S. G. „St. d. A.“ bei Eder Genf beordert. Mit 36. Neubestelltes fort. — H. Ph. Thur: Ab 34. Anden je 3 „S.“ Adr. d. D. S. Gruß! — C. Peter: 10 Bm: a. neu Adr. bringt. G. Stadt 36 ist C. S. an V. abgg. — G. R. — R.: Adr.-Veränderung besorgt. — Ferdinand: H. v. 3. 9. hier. C. S. anlangend Röhliches vorgemerkt. Sendg. nach Ch. x. besorgt. Warum aber nach N. zwei getrennte Rationen? Erschwerend und unsicher, müssen deshalb a b w c h s e n d öst. und westl. bedienen. — Bürger Hufeisen: Nr. 37. — à Sto. 2. und 3. Ca. erh. Wir rechnen auf die alten 750, sonst Ab. Preis dr. Cyp. und Quart. 20 Pf. zu niedrig, da hohe Speesen. Schst. folgen. Brf. am 9. 9. fort. Gruß! — Agens: Brf. durch St. erh. Ver. durch Hst. fort. — J. J., London: Nr. 5. 15. Ab. 3. u. 4. Ca. erh. Peyer 8-11. Hst. fort. „N. u. S.“ leider hier nicht mehr anzuführen, wenn Ihnen dort möglich hierherfinden, werden's bejodern. Forschen Sie Verchr. 3 Tottenham Court Road beim C. K. V. S. Gruß! — Wahrheit: Nr. 3. — Ab. 3. Ca. erh. — V. St. K.: nahelg. Neubestellg. ab 27. fort. — Unkel: Nr. 28. — Ab. 3. Ca. erh. Neue Serie an Peter berichtet. Warum schreibt nicht gleich selbst an ihn? 32 folgt nachmal. Gruß! — Rothtragen an der Gisa: H. v. 5. ds. erh. Alles besorgt. — Wendelien Genf: Nr. 10. — Hst. x. erh. Hje besorgt. — H. K. London: B. R. v. 5. ds. hier. Weiteres folgt.

Durch die Expedition des „Sozialdemokrat“ und die Volksbuchhandlung in Höttingen-Zürich ist zu beziehen:

Die soziale Baukunst

oder
Gründe und Mittel für den Umkehr- und Wiederaufbau der gesellschaftlichen Verhältnisse.

von
J. Alois Petzler.

Dieses für das Studium und die Lösung der sozialen Frage wichtige Werk wird im Verlage der Volksbuchhandlung in Höttingen-Zürich, so- wohl in Einzelleistungen als auch gebunden in zwei Bänden erscheinen. Die ersten drei Hefte sind bereits erschienen.

Preis: 50 Cts. das Heft.

Der Kleintrag ist für die Opfer des Sozialisten- Gesetzes bestimmt.

London Comm. Arbeiter-Bildungs-Verein
3 Percy Street Tottenham Court Road.

Die Wirthschaft des Vereins ist geöffnet von Morgens 9 bis Nachts 12 Uhr. Wir ersuchen die reisenden Genossen auf unsere Adresse zu achten. I. A. Der Sekretär:
G. Lomke.